

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG

Recht und Verwaltung

Schweickhardt/Vondung
Zimmermann-Kreher

Allgemeines Verwaltungsrecht

11., aktualisierte Auflage

Kohlhammer

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG

Recht und Verwaltung

Schweickhardt/Vondung
Zimmermann-Kreher

Allgemeines Verwaltungsrecht

11., aktualisierte Auflage

Kohlhammer

Allgemeines Verwaltungsrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. Annette Zimmermann-Kreher

aktuell bearbeitet von

Dr. Bernd Brenndörfer

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Jürgen Fleckenstein

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Michael Frey

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Torsten Hartleb

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Thorsten Hesselbarth

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Gernot Joerger

ehem. Professor an der Hochschule für öffentliche
Verwaltung Kehl

Dr. Kay-Uwe Martens

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Torsten Noak

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und
Finanzen Ludwigsburg

Dr. Hans-Ingo von Pollern

Lehrbeauftragter an der Hochschule für öffentliche

Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Dr. Gerald G. Sander

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und
Finanzen Ludwigsburg

Dr. Lars Steinhorst

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und
Finanzen Ludwigsburg

Ute Vondung

ehem. Professorin an der Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Dr. Christian Walker

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und
Finanzen Ludwigsburg

Dr. Annette Zimmermann-Kreher

Professorin an der Hochschule für öffentliche Verwaltung
und Finanzen Ludwigsburg

11., aktualisierte Auflage

Verlag W. Kohlhammer

früher bearbeitet von

Dr. Franz W. Brunn

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Pforzheim

Dr. Hans Büchner

Rechtsanwalt, Stuttgart
ehem. Professor an der Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Dr. Heinz-Joachim Peters

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Thomas Schad

ehem. Professor an der Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Martin Trockels

ehem. Professor an der Hochschule für öffentliche
Verwaltung Kehl

11. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-040594-3

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-040595-0

epub: ISBN 978-3-17-040596-7

mobi: ISBN 978-3-17-040597-4

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Das Lehrbuch für die Aus- und Weiterbildung bietet mit der aktualisierten 11. Auflage unter anderem folgende Inhalte:

- Darstellung des Allgemeinen Verwaltungsrechts,
- Datenschutzrecht,
- Staatshaftungsrecht,
- Verwaltungsvollstreckungsrecht,
- Recht der öffentlichen Sachen,
- Recht der Europäischen Union,
- Rechtsschutz,
- Verfahrenskostenrecht sowie
- Bescheidtechnik und Bescheid-Qualitäts-Management

Herausgeberin ist Frau Prof. Dr. Annette Zimmermann-Kreher. Auch die weiteren Autoren sind Professoren der Verwaltungshochschulen in Kehl und Ludwigsburg.

Vorwort zur 11. Auflage

Seit der ersten Auflage ist es gemeinsames Ziel der Autoren, das Allgemeine Verwaltungsrecht unter besonderer Berücksichtigung seiner Anwendung in der Verwaltungspraxis darzustellen, ohne dabei die dogmatischen Grundlagen zu kurz kommen zu lassen. Das Lehrbuch ist primär an den Bedürfnissen der Studierenden an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung ausgerichtet, soll aber auch Verwaltungspraktikern, Studierenden der Rechtswissenschaften sowie Rechtsreferendaren einen praxisnahen Zugang zu der Materie ermöglichen. Diese Grundkonzeption, die durch eine systematische Darstellung unter Einbeziehung einer Vielzahl von Beispielen und praktischen Fällen gekennzeichnet ist, wird auch mit der vorliegenden Neuauflage weiterverfolgt. Die Neuauflage berücksichtigt den Rechtsstand zum 28. Februar 2021. Insbesondere wurde das Datenschutzrecht (Kapitel 16) unter Berücksichtigung der Datenschutz-Grundverordnung, des neuen Landesdatenschutzgesetzes sowie weiterer datenschutzrechtlicher Bestimmungen überarbeitet. Auch die am 17.1.2021 in Kraft getretene Neufassung des baden-württembergischen Polizeigesetzes sowie die Anpassung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes an das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes mit Wirkung zum 17.2.2021 wurden berücksichtigt.

Besonderer Dank gilt unserem Kollegen Prof. Dr. Heinz-Joachim Peters, der als langjähriger Mitautor maßgeblich an der Weiterentwicklung des Werkes mitgewirkt hat, sowie den neu hinzugetretenen Kollegen Prof. Dr. Torsten Hartleb und Prof. Dr. Thorsten Hesselbarth, die eine zeitnahe Aktualisierung ermöglicht haben.

Für Anregungen und Kritik – vor allem auch aus dem Kreis der Studierenden – ist das Autorenteam weiterhin dankbar.

Im März 2021

Annette Zimmermann-Kreher

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 11. Auflage

Literaturverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Teil I Grundlagen der öffentlichen Verwaltung

Kapitel 1 Die öffentliche Verwaltung als Teil der öffentlichen Gewalt

(Brenndörfer/Trockels)

- A. Einordnung des Verwaltungsrechts in einen Gesamtzusammenhang
- B. Verwaltungsbegriff und Arten der Verwaltung
 - I. Begriff der Verwaltung
 - 1. Negative Definition
 - 2. Positive Definition
 - II. Arten der Verwaltung
 - 1. Unterscheidung nach Aufgaben
 - 2. Unterscheidung nach der Rechtsform des Handelns
 - 3. Unterscheidung nach Wirkung für den Bürger
- C. Träger öffentlicher Verwaltung
 - I. Unmittelbare Staatsverwaltung
 - II. Mittelbare Staatsverwaltung
 - 1. Körperschaften des öffentlichen Rechts
 - 2. Anstalten des öffentlichen Rechts
 - 3. Stiftungen des öffentlichen Rechts
 - 4. Beliehene
 - III. Zusammenfassung
- D. Verwaltungsaufbau und -aufsicht
 - I. Verwaltungsaufbau
 - 1. Unmittelbare Landesverwaltung
 - 2. Mittelbare Landesverwaltung
 - II. Staatsaufsicht

1. Dienstaufsicht
 2. Fachaufsicht
 3. Rechtsaufsicht
- E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
- I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Kapitel 2 Rechtliche Grundlagen der öffentlichen Verwaltung

(Sander/Schad)

- A. Öffentliches und privates Recht
- I. Einführung
 - II. Zuordnungskriterien
 1. Abschließende Zuweisungsregelungen
 2. Abgrenzungstheorien
 3. Zuordnung von Benutzungsverhältnissen
 4. Vermutungsregel
 - III. Zweistufige Rechtsverhältnisse als Mischform
- B. Quellen des Verwaltungsrechts
- I. Begriff und Bedeutung
 - II. Die geschriebenen Rechtsquellen
 1. Normenhierarchie
 2. Prüfungs- und Verwerfungskompetenz
 3. Die einzelnen Rechtsquellen in ihrer Rangfolge
 - III. Ungeschriebenes Recht: Gewohnheitsrecht
 - IV. Richterrecht und Allgemeine Rechtsgrundsätze
 1. Richterrecht
 2. Allgemeine Rechtsgrundsätze
 - V. Rechtsquellen des „Innenrechts“ mit faktischer Außenwirkung
 1. Verwaltungsvorschriften
 2. Sonderverordnungen
- C. Subjektive öffentliche Rechte
- I. Bedeutung

- II. Begriffliche Erfassung
- III. Einfluss des Europäischen Unionsrechts
- D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
 - I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Kapitel 3 Grundlagen des Verwaltungsrechts der Europäischen Union

(Frey/Peters)

- A. Einführung
- B. Europäische Union
 - I. Die Säulen der Europäischen Union
 - II. Die Institutionen der EU
 - 1. Der Europäische Rat
 - 2. Das Europäische Parlament
 - 3. Der Rat (oder Rat der Europäischen Union)
 - 4. Die Kommission
 - 5. Der Gerichtshof der Europäischen Union
 - 6. Die Europäische Zentralbank
 - 7. Der Rechnungshof
- C. Das Recht der Europäischen Union
 - I. Primärrecht
 - 1. Politikfelder
 - 2. Grundfreiheiten
 - 3. Grundrechte
 - II. Sekundärrecht
 - 1. Verordnungen
 - 2. Richtlinien
 - 3. Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen
- D. Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht
 - I. Anwendungsvorrang
 - II. Verwerfungskompetenz
- E. Verwaltungsvollzug des Unionsrechts
 - I. Direkter Vollzug durch die Exekutive der EU

1. Materielle Rechtsgrundlagen
2. Handlungsformen
3. Verwaltungsverfahren
- II. Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten
 1. Unmittelbarer Vollzug
 2. Mittelbarer Vollzug
- F. Rechtsschutz
 - I. Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission
 - II. Vertragsverletzungsverfahren durch Mitgliedstaaten
 - III. Nichtigkeitsklagen
 - IV. Untätigkeitsklagen
 - V. Vorabentscheidungen
 - VI. Schadensersatzklagen
- G. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
 - I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Teil II Das Handeln der öffentlichen Verwaltung

Kapitel 4 Gebundenheit und Freiheit der Verwaltung

(Brenndörfer/Trockels)

- A. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
 - I. Vorrang des Gesetzes
 - II. Vorbehalt des Gesetzes
- B. Unbestimmter Rechtsbegriff und Beurteilungsspielraum
 - I. Allgemeines
 - II. Unbestimmte Rechtsbegriffe
 - III. Beurteilungsspielraum
 1. Fallgruppen von Beurteilungsspielraum
 2. Gerichtliche Überprüfbarkeit
 - IV. Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe
 1. Wörtliche Auslegung
 2. Systematische Auslegung

- 3. Teleologische Auslegung
- 4. Historische Auslegung
- C. Ermessen
 - I. Begriff
 - II. Einräumung von Ermessen
 - 1. Ermessensvorschriften
 - 2. Soll-Vorschriften
 - III. Richtige Ermessensausübung
 - 1. Ermessensausübung
 - 2. Zweckentsprechende Ermessensausübung
 - 3. Beachtung der gesetzlichen Grenzen
 - IV. Ermessensreduzierung auf Null
 - 1. Bedeutung
 - 2. Voraussetzungen
 - 3. Praktische Relevanz
- D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
 - I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Erster Abschnitt Der Verwaltungsakt

Kapitel 5 Bedeutung, Begriff und Arten des Verwaltungsakts

(Brenndörfer/Trockels)

- A. Bedeutung des Verwaltungsakts
 - I. Allgemeine Bedeutung des Verwaltungsakts
 - II. Praktische Relevanz des Verwaltungsakts
 - 1. Verfahrensrechtliche Bedeutung
 - 2. Materiell-rechtliche Bedeutung
 - 3. Vollstreckungsrechtliche Bedeutung
 - 4. Rechtsschutzfunktion
- B. Begriffsmerkmale des Verwaltungsakts
 - I. Hoheitliche Maßnahme
 - II. Behörde
 - III. Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts
 - IV. Regelung
 - 1. Begriff

- 2. Abgrenzungen
- V. Unmittelbare Außenwirkung
 - 1. Innerdienstliche Weisungen
 - 2. Zustimmung anderer Verwaltungsbehörden (Mehrstufiger Verwaltungsakt)
- VI. Einzelfall
 - 1. Begriff
 - 2. Allgemeinverfügung
- C. Arten von Verwaltungsakten
 - I. Befehlende, gestaltende und feststellende Verwaltungsakte
 - II. Begünstigende und belastende Verwaltungsakte
 - III. Einstufige und Mehrstufige Verwaltungsakte
 - IV. Verwaltungsakte mit Drittwirkung
- D. Besondere Formen
 - I. Vorläufiger Verwaltungsakt
 - II. Vorsorglicher Verwaltungsakt
 - III. Vorbescheid
 - IV. Zusage und Zusicherung
 - 1. Begriff und Rechtsnatur
 - 2. Die Zusicherung
- E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
 - I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Kapitel 6 Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt

(Vondung)

- A. Einführung
- B. Arten, Rechtswirkungen und Abgrenzungsprobleme
 - I. Arten und Rechtswirkungen
 - 1. Befristung

2. Bedingung
 3. Widerrufsvorbehalt
 4. Auflage
 5. Auflagenvorbehalt
 6. Keine Nebenbestimmung: Die sog. modifizierende Genehmigung
- II. Abgrenzungsprobleme
1. Abgrenzung zu sonstigen Nebenregelungen
 2. Abgrenzung zu bloßen Hinweisen auf die Rechtslage
 3. Abgrenzung zu Inhaltsbestimmungen
 4. Abgrenzung zum Vorbehalt der endgültigen Entscheidung
 5. Abgrenzung zwischen Auflage und Bedingung
- C. Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit
- I. Zulässigkeit
1. Nebenbestimmungen beim gebundenen Verwaltungsakt
 2. Nebenbestimmungen bei Ermessensakten
- II. Grenzen der Zulässigkeit
1. Ausschluss durch Rechtsvorschriften
 2. Verstoß gegen den Zweck des VA
 3. Ausschluss aus der Natur der Sache
- III. Weitere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen
- D. Folgen der Rechtswidrigkeit von Nebenbestimmungen und Rechtsschutzprobleme
- I. Problemstellung: Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage?
- II. Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (h. M.)
- III. Klassische Literaturauffassung
- IV. Rechtsschutz Dritter gegen Nebenbestimmungen

- V. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen im Widerspruchsverfahren
- VI. Rechtsschutz gegen modifizierende Genehmigungen
- E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
 - I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Kapitel 7 Bekanntgabe des Verwaltungsakts *(Sander/Schad)*

- A. Einführung
 - I. Bedeutung
 - II. Definition
- B. Formlose Bekanntgabe des Verwaltungsakts
 - I. Grundsatz: Freiheit der Form der Bekanntgabe
 - II. Notwendigkeit der Bekanntgabe
 - III. Zeitpunkt der Bekanntgabe
 - IV. Rechtsfolgen der Bekanntgabe
- C. Förmliche Bekanntgabe des Verwaltungsakts durch Zustellung
 - I. Vorbemerkung
 - II. Zustellungsarten
 - 1. Allgemeines
 - 2. Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde
 - 3. Zustellung durch die Post mittels eingeschriebenen Briefes
 - 4. Zustellung durch die Behörde gegen Empfangsbekanntnis
 - 5. Elektronische Zustellung gegen Abholbestätigung über De-Mail-Dienste
 - 6. Öffentliche Zustellung
 - III. Gemeinsame Regelungen für alle Zustellungsarten
 - 1. Zustellung an mehrere Beteiligte

2. Zustellung an gesetzliche Vertreter
 3. Zustellung an Bevollmächtigte
 4. Heilung von Zustellungsmängeln
- D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
- I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Kapitel 8 Fehlerfreier (rechtmäßiger)

Verwaltungsakt

(Zimmermann-Kreher/Büchner)

- A. Einführung
- B. Prüfprogramme zur Vermeidung von Fehlern
 - I. Schema für den Erlass eines rechtmäßigen Verwaltungsakts
 1. Erläuterung
 2. Prüfschema für den Erlass eines rechtmäßigen Verwaltungsakts
 - II. Schema für die nachträgliche Rechtmäßigkeitsprüfung
 - III. Schema für die Rechtmäßigkeitsprüfung eines Vollstreckungsakts
- C. Einzelne Rechtmäßigkeitskriterien
 - I. Formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen
 1. Beachtung von Zuständigkeitsregelungen
 2. Beachtung von Verfahrensvorschriften
 3. Beachtung von Formvorschriften, Begründungspflichten und Fristen
 4. Keine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen: Rechtsbehelfsbelehrung und Bekanntgabe
 - II. Materielle (inhaltliche) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen
 1. Tatbestand der Ermächtigungsgrundlage
 2. Tatbestand der Anspruchsgrundlage

3. Zulässiger Adressat
 4. Zulässige Rechtsfolge: Beachtung der Schranken des Ermessens/Unterschied zum Beurteilungsspielraum
 5. Inhaltliche Bestimmtheit
- D. Einfluss des Europarechts
- I. Stellung im Prüfprogramm
 - II. Direkter Vollzug durch die EU-Exekutive
 - III. Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten
 1. Unmittelbarer Vollzug
 2. Mittelbarer Vollzug
 3. Anwendungsgrundsatz
- E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
- I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Kapitel 9 Fehlerfolgen

(Zimmermann-Kreher/Büchner)

- A. Einführung
- I. Begriff der Rechtswidrigkeit
 - II. Die Bedeutung der Rechtswidrigkeit
 - III. Folgen der Rechtswidrigkeit für die Wirksamkeit des Verwaltungsakts
 1. Unterscheidung Nichtigkeit/schlichte Rechtswidrigkeit
 2. Aufhebbarkeit des schlicht rechtswidrigen Verwaltungsakts
 3. Die Aufhebbarkeit des nichtigen Verwaltungsakts
 4. Schema zur Aufhebbarkeit
- B. Nichtakt (Nichtverwaltungsakt)
- I. Begriff
 - II. Anwendungsbeispiele
 1. Amtsanmaßung
 2. Unmittelbarer Zwang

- 3. Scherzhandlungen
- III. Rechtsfolgen
- IV. Verfahrensrechtliche Behandlung
- C. Bloße Unrichtigkeiten
 - I. Begriff und Erscheinungsformen
 - II. Rechtsfolgen der bloßen Unrichtigkeit
 - 1. Folgen bei offensichtlichen Unrichtigkeiten
 - 2. Folgen bei fehlender Rechtsbehelfsbelehrung
 - 3. Folgen bei unzweckmäßigem Verwaltungsakt
 - 4. Folgen bei nicht zwingenden Verfahrensvorschriften
- D. Der nichtige Verwaltungsakt
 - I. Begriff und Folgen der Nichtigkeit
 - II. Voraussetzungen der Nichtigkeit
 - 1. Überblick
 - 2. Evidenzunabhängige Nichtigkeitsgründe (Positivkatalog)
 - 3. Nichtigkeitsirrelevante Fehler (Negativkatalog)
 - 4. Die evidenzabhängigen (relativen) Nichtigkeitsgründe (Generalklausel)
 - III. Die Teilnichtigkeit
 - IV. Umdeutung eines nichtigen Verwaltungsakts
 - V. Die Feststellung der Nichtigkeit
 - 1. Feststellungsbedürfnis
 - 2. Feststellungsklage nach § 43 VwGO (§ 55 I Nr. 4 SGG)
 - 3. Antrag nach § 44 V LVwVfG (§ 40 V SGB X)
 - 4. Anfechtungswiderspruch und Anfechtungsklage nach §§ 68 und 42 VwGO (§§ 78 und 54 SGG)

- E. Schlicht rechtswidriger Verwaltungsakt
 - I. Begriff und Folgen
 - II. Bedeutung
 - III. Die Heilbarkeit nach § 45 LVwVfG (§ 41 SGB X)
 - 1. Begriff und Bedeutung
 - 2. Die heilbaren Fehler
 - 3. Form und Zeitpunkt der Heilung
 - 4. Heilung und Rechtsbehelfsfristen
 - 5. Heilung und Kostenfolge im Widerspruchsverfahren
 - 6. Folgen unterbliebener Heilung
 - IV. Die Unbeachtlichkeit nach § 46 LVwVfG (§ 42 SGB X)
 - 1. Begriff und Bedeutung
 - 2. Voraussetzungen
 - 3. Folgen der Unbeachtlichkeit
 - 4. Anwendungsbereich
 - V. Die Umdeutung
 - 1. Grundlegendes
 - 2. Voraussetzungen
 - 3. Rechtsschutz
 - VI. Teilweise schlichte Rechtswidrigkeit
- F. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
 - I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Kapitel 10 Bestandskraft des Verwaltungsakts *(Zimmermann-Kreher/Noak/Büchner)*

- A. Einführung
- B. Bestandskraft
 - I. Begriff und Wesen
 - 1. Formelle Bestandskraft (Unanfechtbarkeit)
 - 2. Materielle Bestandskraft

II. Gegenstand und rechtliche Tragweite der materiellen Bestandskraft

1. Allgemeines
2. Besonderheiten des Sozialrechts

III. Durchbrechung der formellen und materiellen Bestandskraft

C. Wiederaufgreifen des Verfahrens nach dem LVwVfG

I. Einführung

1. Bedeutung
2. Systematik
3. Anwendungsbereich
4. Folgen des Wiederaufgreifens
5. Folgen des „Nicht-Wiederaufgreifens“
6. Schematische Übersicht

II. Der Anspruch auf Wiederaufgreifen des Verfahrens (Wiederaufgreifen i. e. S.)

1. Zulässigkeit des Antrags nach § 51 I bis III LVwVfG
2. Begründetheit des Antrags gem. § 51 LVwVfG

III. Der Anspruch auf Wiederaufgreifen des Verfahrens wegen Ermessensreduzierung auf Null (Wiederaufgreifen i. w. S.)

IV. Verhältnis zu Rücknahme und Widerruf

D. Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten nach dem LVwVfG

I. Einführung

1. Begriffe
2. Rechtmäßigkeit - Rechtswidrigkeit des aufzuhebenden VA
3. Belastende - begünstigende Verwaltungsakte
4. Spezialgesetzliche Vorschriften

II. Formelle Voraussetzungen für Rücknahme und Widerruf

III. Rücknahme (rechtswidriger) belastender Verwaltungsakte

1. Voraussetzungen
2. Ermessen

IV. Rücknahme (rechtswidriger) begünstigender Verwaltungsakte

1. Rücknahme von Geld- und Sachleistungsverwaltungsakten (Abs. 2)
2. Die Rücknahme „sonstiger“ Verwaltungsakte (Abs. 3)

V. Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte mit Doppelwirkung

1. Begriff
2. Problemstellung
3. Problemlösung

VI. Widerruf (rechtmäßiger) belastender Verwaltungsakte

1. Voraussetzungen
2. Ermessen

VII. Widerruf (rechtmäßiger) begünstigender Verwaltungsakte

1. Voraussetzung: Widerrufsgrund
2. Ermessen
3. Folgewirkungen des Widerrufs

VIII. Widerruf von Verwaltungsakten mit Doppelwirkung

E. Wiederaufgreifen des Verfahrens und Aufhebung von Verwaltungsakten nach dem SGB X

I. Einführung

II. Wiederaufgreifen des Verfahrens nach dem SGB X

III. Übersicht über die Aufhebung von Verwaltungsakten nach dem SGB X

1. Grundlegendes

2. Rücknahme belastender Verwaltungsakte (§ 44 SGB X)
 3. Rücknahme begünstigender Verwaltungsakte (§ 45 SGB X)
 4. Widerruf belastender Verwaltungsakte (§ 46 SGB X)
 5. Widerruf begünstigender Verwaltungsakte (§ 47 SGB X)
 6. Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung wegen nachträglicher Änderung der Verhältnisse (§ 48 SGB X)
 7. Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen (§ 50 SGB X)
 8. Die Rückgabe von Urkunden und Sachen
- F. Einflüsse des Unionsrechts
- I. Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten
 1. Anwendungsgrundsatz
 2. Äquivalenzgrundsatz und Effizienzgebot
 - II. Bestandskraft unionsrechtswidriger Verwaltungsakte
 1. Rechtsprechung des EuGH
 2. Umsetzung in nationales Recht
 - III. Rücknahme unionsrechtswidriger Verwaltungsakte
 1. Grund der Unionsrechtswidrigkeit
 2. Europarechtliche Korrektur der Rücknahmebestimmungen
- G. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
- I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

**Kapitel 11 Bescheidtechnik und Bescheid-
Qualitäts-Management**
(Brenndörfer/Joerger)

- A. Begriff und Bedeutung der Bescheidtechnik – Erweiterung zum Bescheid-Qualitäts-Management
 - I. Begriffe Bescheidtechnik und Bescheid-Qualitäts-Management
 - 1. Einführung
 - 2. Empfehlung: Einbettung der Bescheidtechnik in ein umfassendes Bescheid-Qualitäts-Management
 - 3. Bescheidtechnik und Informationstechnologie
 - II. Die große Bedeutung der Kommunikation von und in Behörden
- B. Aufbau und Inhalt von Bescheiden
 - I. Beispiel
 - II. Gliederung
 - III. Einleitung
 - IV. Tenor
 - 1. Tenorierung des Entscheidungssatzes
 - 2. Tenorierung von Nebenbestimmungen
 - 3. Tenorierung der Anordnung der sofortigen Vollziehung
 - 4. Tenorierung der Androhung von Zwangsmitteln
 - 5. Gebührenentscheidung
 - 6. Hinreichende Bestimmtheit
 - V. Begründung
 - 1. Allgemeine Überlegungen
 - 2. Der Sachverhalt
 - 3. Die rechtlichen Gründe
 - VI. Rechtsbehelfsbelehrung
 - VII. Grußformel und Unterschrift
 - VIII. Interne Bearbeitungsvermerke
- C. Widerspruchsbescheide
 - I. Das Widerspruchsverfahren im Überblick
 - II. Der Widerspruchsbescheid

1. Tenor
 2. Begründung
- D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
- I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Zweiter Abschnitt Besondere Handlungsformen

Kapitel 12 Der öffentlich-rechtliche Vertrag

(Steinhorst)

- A. Einführung
- B. Rechtsgrundlagen
- C. Begriff des öffentlich-rechtlichen Vertrages i. S. d. §§ 54 LVwVfG (§§ 53 ff. SGB X)
- I. Vertrag
 1. Allgemeines
 2. Abgrenzung von anderen Kooperationsformen
- II. Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts
 1. Verwaltungsrechtliche Verträge
 2. Abgrenzung von privatrechtlichen Verträgen
 3. Gemischte und zusammengesetzte Verträge
- III. Begründung, Änderung oder Aufhebung eines Rechtsverhältnisses
- D. Arten öffentlich-rechtlicher Verträge
 - I. Koordinations- und subordinationsrechtliche Verträge
 - II. Verpflichtungs- und Verfügungsverträge
 - III. Vergleichs- und Austauschverträge
- E. Die Rechtmäßigkeit eines öffentlich-rechtlichen Vertrages
 - I. Ermächtigungsgrundlage; Vertragsformverbote
 - II. Formelle Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages

1. Zuständigkeit
 2. Mitwirkungserfordernisse
 3. Form
- III. Materielle Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages
1. Allgemeines
 2. Vergleichsvertrag
 3. Austauschvertrag
- F. Der fehlerhafte öffentlich-rechtliche Vertrag
- I. Allgemeines
- II. Nichtigkeitsgründe (§ 59 LVwVfG; § 58 SGB X)
1. Prüfungsreihenfolge
 2. Nichtigkeitsgründe nach § 59 II LVwVfG (§ 58 II SGB X)
 3. Nichtigkeitsgründe nach § 59 I LVwVfG (§ 58 I SGB X)
- III. Teilnichtigkeit
- G. Vertragsabwicklung und Leistungsstörungen
- I. Anwendung zivilrechtlicher Vorschriften
- II. Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen
- H. Die Durchsetzung von Ansprüchen aus einem öffentlich-rechtlichen Vertrag
- I. Rechtsweg
- II. Statthafte Klageart
- III. Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung
- IV. Beispiel eines öffentlich-rechtlichen Vertrages
- I. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
- I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Kapitel 13 Planung und Plan *(Hartleb/Peters)*

- A. Einführung
- B. Planungsarten
 - I. Allgemeine staatliche Planung
 - II. Raumplanung
 - 1. Räumliche Gesamtplanung
 - 2. Räumliche Fachplanung
- C. Planungsprozess
 - I. Rechtscharakter
 - II. Inhaltliche Anforderungen
 - 1. Planrechtfertigung
 - 2. Planungsleitsätze
 - 3. Abwägung
 - 4. Abstimmungsgebot
 - 5. Rechtsformen für die Planungsinhalte
 - III. Planaufstellungsverfahren
 - 1. Überörtliche Gesamtplanung
 - 2. Bauleitplanung
 - 3. Schutzgebietsfestsetzungen
 - 4. Planfeststellungsverfahren
 - 5. Plangenehmigungsverfahren
 - IV. Plansicherungsmaßnahmen
 - 1. Raumordnungsverfahren
 - 2. Planerische Untersagung
- D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen
 - I. Vertiefungshinweise
 - II. Wiederholungsfragen

Teil III Verwaltungsverfahren

Kapitel 14 Allgemeines Verwaltungsverfahren

(Walker/Schad)

- A. Einführung
 - I. Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze
 - 1. Warum Verwaltungsverfahrensgesetze?
 - 2. Anwendungsbereich
 - II. Begriff des Verwaltungsverfahrens

1. Tätigkeit von Behörden
 2. Externe Wirkung
 3. Verfahrensergebnis
 4. Das allgemeine Verwaltungsverfahren
- III. Nichtförmlichkeit des Verwaltungsverfahrens
1. Einführung
 2. Form des Verwaltungsakts und Rechtsbehelfsbelehrung
- IV. Amtssprache
1. Einführung
 2. Das Fristenproblem
- B. Behörde
- I. Begriff
- II. Zuständigkeit
1. Arten von Zuständigkeiten
 2. Durchbrechung der Zuständigkeiten
 3. Verhalten bei Unzuständigkeit
- III. Ausgeschlossene Personen und Besorgnis der Befangenheit
1. Ausgeschlossene Personen
 2. Besorgnis der Befangenheit
- C. Verfahrensbeteiligte
- I. Beteiligungsfähigkeit und Handlungsfähigkeit
- II. Beteiligte
- III. Bevollmächtigte und Beistände
- D. Verfahrensrechte
- I. Das Recht auf Beratung und Auskunft
1. Vorrang des Gesetzes
 2. Anwendung
 3. Folgen einer Zuwiderhandlung
- II. Das Recht auf Akteneinsicht
1. Die Anspruchsvoraussetzungen des § 29 I LVwVfG
 2. Die Anspruchshindernisse des § 29 II LVwVfG